



Die Globalisierung verantwortungsbewusst und europäisch gestalten

Von Karl Aiginger
Wien, 20. Juli 2017
ISSN 2305-2635

Handlungsempfehlungen

1. Der angekündigte Rückzug der USA muss für Europa ein Weckruf sein die Gestaltung der Globalisierung selbst in die Hand zu nehmen.
2. Europa soll dabei basierend auf seinen Werten, seinem Demokratieverständnis sowie sozialen und ökologischen Zielen die Gesamttrichtung vorgeben aber auch bereit sein von Partnern zu lernen.
3. Innerhalb dieses Rahmens stehen den Ländern verschiedene Instrumente zur Verfügung, die dazu genutzt werden sollen ihre Ausgangslage und Präferenzen zu berücksichtigen.

Zusammenfassung

Der politische Widerstand gegen die Globalisierung steigt in den Industrieländern. Empirisch ist der positive Gesamteinfluss auf das Wachstum der Weltwirtschaft und die Reduktion der Armut belegbar. Die Wirkungen der Globalisierung sind aber nach Regionen, Berufsgruppen und Ausbildung unterschiedlich und in der Phase verstärkter Globalisierung sind auch Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und das Gefühl der Fremdbestimmung gestiegen. Da viele neue Herausforderungen – wie Klimaschutz, oder Sicherheit – nur weltweit lösbar sind und neue nationale Barrieren Wohlfahrtsverluste bedeuten würden, ist es wichtig, Prinzipien zu entwickeln, die die Zustimmung zur Globalisierung und ihre Wohlfahrtseffekte stärken können. Es ist aber auch notwendig, kulturell beding-

te Unterschiede in Präferenzen zu respektieren und Globalisierung als Such- und Lernprozess zu verstehen. Instrumente zur Umsetzung der Strategie können teilweise regional unterschiedlich sein. Viele der erarbeiteten Prinzipien sind im europäischen Modell stärker vertreten als in anderen sozioökonomischen Modellen. Dies spricht – neben dem tendenziellen Rückzug der USA aus der Globalisierung und dem Führungsanspruch Chinas – dafür, dass Europa versucht, stärker die Regeln der Globalisierung zu bestimmen. Voraussetzung dafür ist allerdings auch ein Meinungsbildungsprozess innerhalb Europas. Durch eine verantwortungsbewusste Globalisierung kann die Lebensqualität in Europa und bei seinen Partnern weltweit gesteigert werden.



Die Globalisierung verantwortungsbewusst und europäisch gestalten¹

Motivation

Globalisierung ist für Wirtschaft und Politik ein hoch relevantes Thema und löst in der Bevölkerung starke Emotionen aus. Die Empirie zeigt, dass die Globalisierung überwiegend Vorteile bringt und Umfragen bestätigen, dass dies auch von der Mehrheit der EuropäerInnen so gesehen wird. Aber Globalisierung bringt für Regionen, Personengruppen und Firmen auch Nachteile. Dies ist besonders dann der Fall, wenn Globalisierung gleichzeitig mit anderen Phänomenen (Technologieentwicklung, Nachfrageschwäche) auftritt und die Wirtschaftspolitik die notwendigen Begleitmaßnahmen versäumt. So kann Globalisierung auch Arbeitslosigkeit und steigende Ungleichheit verursachen. Ungleichgewichte – in der Literatur auch „Disruptionen“ genannt – treten regional und berufsspezifisch konzentriert auf, sind aber nicht immer gleich erkennbar. Weil Globalisierung als fremdbestimmte Kraft empfunden wird, der man hilflos und ungeschützt ausgesetzt ist, fallen die Emotionen und der Widerstand dagegen heftig aus. Nationalistische und populistische Reaktionen sind die Folge. Sie beeinflussen wiederum Wahlergebnisse, stärken illiberale Tendenzen und den Ruf nach Protektionismus.

Da wichtige Probleme wie der Klimawandel oder Wasserknappheit und Sicherheitsfragen nur weltweit gelöst werden können, sollte sich Europa nicht der Globalisierung verschließen, sondern versuchen ihre Regeln stärker mitzubestimmen. Der angekündigte Rückzug der USA kann als Chance genutzt werden, die Globalisierung europäischer zu gestalten, d.h. nach spezifischen europäischen Werten,

Demokratieverständnis, sozialen und ökologischen Zielen zu prägen.

Europa ist – wie seine positive wirtschaftliche Außenbilanz zeigt – kein Verlierer der Globalisierung, hat aber ihre Rahmenbedingungen bisher weniger geprägt als die USA oder multinationale Konzerne. Die politisch geschickt präsentierte Verteidigung der Globalisierung durch China (zur der auch das Projekt der neuen Seidenstraße zählt) und Widerstände gegen internationale Handelsabkommen sind Herausforderung und Chance für Europa zugleich. Europa befindet sich allerdings in einer schwierigen Phase mit geringer Dynamik, steigender Ungleichheit und politischen Differenzen zwischen Nord und Süd sowie West und Ost².

Dieser Beitrag sammelt und ordnet Ideen zur besseren politischen Begleitung der Globalisierung und ihrer Gestaltung nach breiten Wohlfahrtszielen, zu denen besonders soziale Balance und ökologische Nachhaltigkeit zählen. Der Rückzug der USA aus multinationalen Vereinbarungen, die von China angestrebte Führungsrolle und der Trend zu einer multipolaren Welt sind neue geopolitische Perspektiven. Wir skizzieren eine europäische Globalisierungsstrategie, mit der Europa seine Werte einbringt, aber auch seine Bereitschaft von anderen Kulturen und Gesellschaftssystemen zu lernen.

Empirie der „dritten Welle“ der Globalisierung

Wachstum, Dynamik, Aufholprozesse

Die positiven Erwartungen bezüglich hoher Dynamik in einer globalisierenden Weltwirtschaft

1) Danke für Kritik an Kurt Bayer, Harald Oberhofer, Peter Szopo und Gunther Tichy. Ohne Mitarbeit von Rainer Brunnauer, Christoph Breinschmid, Dagmar Guttmann, Vanessa Koch, Irene Langer, Alina Pohl, Stefan Schaller, Stefan Schleicher und Franz Sinabell wäre diese Analyse nicht möglich gewesen. Flash Papers, die dieser Analyse zugrunde liegen, haben Kurt Bayer, Heinz Handler und Anna Kanduth geschrieben.

2) Für Vorschläge zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Probleme durch eine wohlfahrtsorientierte Strategie siehe Aiginger (2016), für die Handlungsfähigkeit Europas ohne neuen Zentralismus siehe Aiginger (2017).



haben sich erfüllt. Das Wachstum der Weltwirtschaft liegt seit den neunziger Jahren – selbst in der Phase die die Finanzkrise einschließt – bei mehr als 3 % pro Jahr, sodass sich die reale Wirtschaftsleistung zwischen 1990 und 2017 – eine Periode, die als dritte Welle der Globalisierung bezeichnet wird – mehr als verdoppelt hat (Tabelle 1). Der überwiegende Anstieg des wirtschaftlichen Outputs ist auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität zurückzuführen. Ungefähr ein Drittel davon geht auch auf Wachstum der Beschäftigung zurück. Der Produktivitätsanstieg kommt durch technische Innovationen, ihre rasche Verbreitung durch internationale Wirtschaftsbeziehungen und die stärkere weltweite Arbeitsteilung zwischen Ländern mit unterschiedlicher Faktorausstattung zustande.

Der größte Teil der Wachstumsbeschleunigung entfällt auf jene Schwellenländer, die ihre reale Wirtschaftsleistung pro Jahr um durchschnittlich 5 % ausweiten konnten, sodass sich der Output zwischen 1990-2017 verdreifacht hat. Die Dynamik der

Industrieländer blieb zwar verglichen mit früheren Jahrzehnten ungefähr konstant, wäre aber ohne die dynamische Nachfrage in neuen Absatzmärkten niedriger gewesen. Länder mit größerer Offenheit (gemessen an Export- und Importquoten) wachsen tendenziell rascher³. Nach Regionen wächst Asien am stärksten, obwohl innerhalb der Industrieländer Japan das niedrigste Wachstum aufweist. Die Pro-Kopf-Einkommen zwischen Industrie- und Schwellenländern haben sich tendenziell angeglichen, ärmere Länder wachsen tendenziell – aber nicht ohne Ausnahmen – rascher. Dadurch ist die Ungleichheit zwischen Ländern (intra country inequality) in einer Phase hoher und verstärkter Globalisierung gesunken. Afrika war zunächst ein Nachzügler, konnte in den letzten Jahren jedoch ebenfalls verstärkt von der Globalisierung profitieren. Ohne politische Konflikte und ökologische Katastrophen würde diesem Kontinent ein hohes Wachstumspotential prognostiziert, nicht zuletzt auch durch die rasche Verbreitung von Telekommunikation.

Tabelle 1: Wachstum der Weltwirtschaft (reales BIP)

	1970/1980	1980/1990	1990/2000	2000/2016	2000-2016
	% p.a.				% kumulativ
Industrieländer	3,7	3,3	2,8	1,7	30,0
EU 28	3,4	2,4	2,2	1,4	25,5
USA	3,2	3,3	3,5	1,8	32,7
Japan	4,6	4,6	1,4	0,8	12,9
Schwellen- und Entwicklungsländer	.	3,4	3,8	5,8	144,9
Welt	4,1	3,3	3,2	3,8	80,4

Quelle: IMF.

Weltmarktanteile und geopolitische Perspektive

Der Aufholprozess der Schwellenländer bedeutet für die Industrieländer sinkende Anteile an Weltmarkt und Produktion. Gemessen am Beitrag der heutigen OECD-Mitglieder ist die Wertschöpfung der Industriestaaten im letzten Jahrhundert zunächst von 20 % auf 70 % der Weltwirtschaftsleistung

gestiegen, nimmt aber seit 1990 wieder ab. Er beträgt heute rund 50 % und wird bis 2050 wieder unter 40 % liegen (OECD-Prognose 2050). Der Anteil der Schwellenländer überschreitet vor 2020 die

3) Auch der Einfluss der Globalisierung auf das breitere Wohlstandsmaß des Human Development Index ist tendenziell positiv (vgl. Stanga, 2017; Tsai, 2006; Sapkota, 2011).



50 % Marke, wobei der genaue Anteil auch davon abhängt, ob er zu Kaufkraftparitäten (in diesem Fall wurde die 50 %-Marke schon überschritten) oder zu Devisenkursen gerechnet wird.

Diese Verschiebung ist die erfreuliche Konsequenz der Entwicklung von Ländern mit niedrigeren Einkommen und bisher hoher Armut. Sie ändert al-

lerdings auch die Regeln und die Institutionen der globalisierten Wirtschaft. Industrieländer haben die internationalen Organisationen geschaffen und bisher in deren Gremien und Expertenteams dominiert. Heute verlangen die Schwellenländer ein stärkeres Mitspracherecht und gründen eigene regionale und teilweise auch globale Institutionen, zu denen auch Entwicklungsbanken zählen.

Tabelle 2: Weltmarktanteile nach Industrie- und Schwellenländer

	1970	1980	1990	2000	2016	1970/ 2000	2000/ 2016
	in %					Veränderung in Prozentpunkten	
Industrieländer	81,0	72,6	80,7	75,1	61,3	-5,9	-13,8
USA	15,3	12,1	11,6	12,1	9,2	-3,3	-2,9
EU 28	48,1	43,1	44,9	38,3	33,9	-9,8	-4,3
Extra-EU 28	19,3	16,6	14,7	12,3	12,2	-7,0	0,0
Japan	6,7	7,1	8,5	7,5	4,1	0,7	-3,4
Schwellen- und Entwicklungsländer	19,0	27,4	19,3	24,8	38,7	5,9	13,9
China¹	.	1,0	1,9	3,9	13,5	2,9	9,6

¹ 1980/2000.

Quelle: IMF, Anteile am Welthandel.

Der Wertschöpfungsanteil jedes einzelnen europäischen Staates – auch von Frankreich und Deutschland – sinkt unter 5 %⁴. Europa wäre damit in Leitungsgremien, die nach Landesstärke besetzt werden, nicht mehr automatisch vertreten. Die EU-28 ist hingegen noch heute der größte Wirtschaftsraum und hat den höchsten Anteil an den Weltexporten⁵. Sie verliert jedoch die Führungsposition bei

der Wertschöpfung vorübergehend an die USA und längerfristig an China. Der Verlust am Wertschöpfungsanteil ist der Wirtschaftsdynamik Europas geschuldet, die seit der Finanzkrise und aufgrund der Alterung niedriger als jener der USA ist, die Exporte verlieren weniger als jene der USA. Der Anteil der Eurozone und ihr Wachstum sind noch niedriger, und noch schwächer ist die Dynamik eines wie auch immer definierten „Kerneuropas“ rund um Deutschland und Frankreich. Allerdings könnte eine Erweiterung der EU – beginnend mit dem Westbalkan und dem Schwarzmeerraum – diesen Prozess verlangsamen. Eine sehr weit definierte "europäische Region" inklu-

4) Der Anteil der größten europäischen Länder an der Weltbevölkerung sinkt unter 1 %.

5) Dies gilt für die Gesamtexporte der EU-28, wenn man die Exporte innerhalb der Mitgliedsländer ausschließt hat China die EU (nicht aber EU plus europäische Nicht-Mitglieder) überholt. Die Weltmarktanteile der EU-28 nach Bereinigung um die Intra-Exporte, liegen noch immer um ein Drittel höher als jene der USA und sind auch zwischen 2000 und 2016 stabil (bei 12 %

während der Weltmarktanteil der USA von 12 % auf 9 % gesunken ist (Tabelle 2).



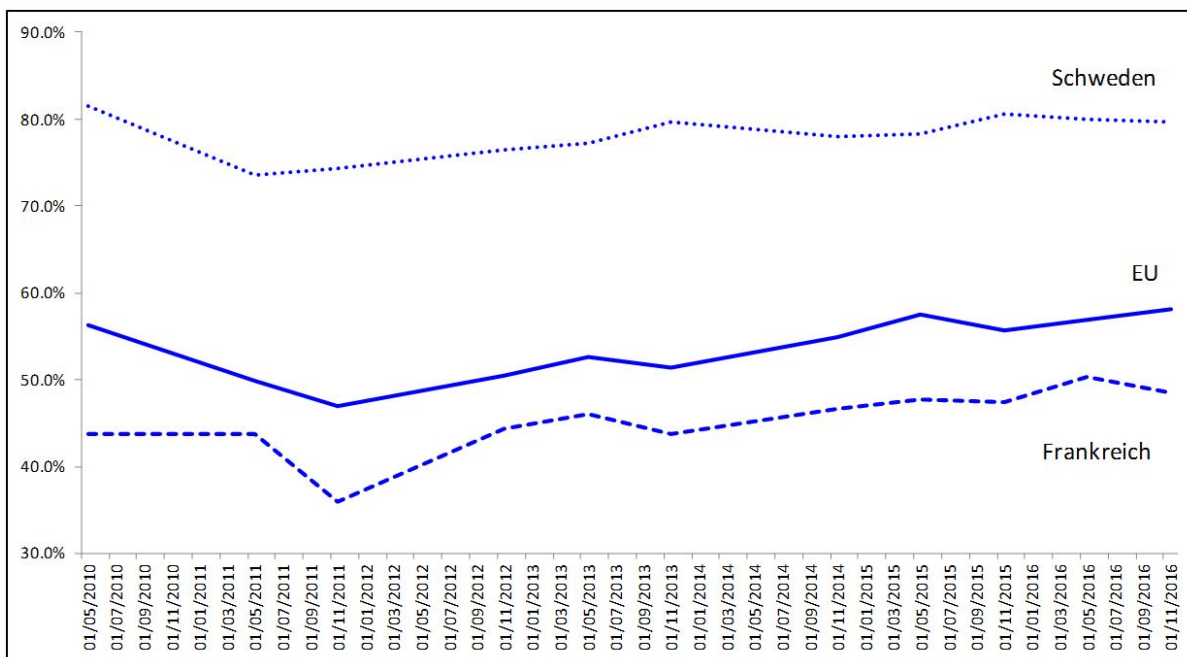
sive der Türkei, Russlands und Nordafrikas würde stabil einen Weltmarktanteil von 30 % verteidigen.

Ein erweiterter gemeinsamer europäischer Raum („Eurasien“) könnte mit China im geopolitischen Gewicht auch langfristig gleichauf liegen und deutlich größer sein als eine nordamerikanische Region mit USA, Kanada und Mexiko. Eine Ausweitung der EU in diesem Ausmaß ist zwar unrealistisch; die Zusammenarbeit mit den Nachbarn in einem koordinierten Handels-, Investitions- und Arbeitsmarkt sowie in einem Sicherheitsverbund bringt aber wirtschaftliche Vorteile und globale Handlungsmöglichkeiten. Investitionen in die immaterielle Infrastruktur (Ausbildung, Schulsystem, Forschung, Gesundheit), Energienetze und ein stabiles Finanzsystem, könnten das Projekt der Seidenstraße an Dynamik und Wohlfahrtssteigerung übertreffen, da dieses lediglich auf Transportwegen und zentralistischer Planung beruht.

Absolute Armut und relative Ungleichheit

Die langfristig gegebene positive Einschätzung der Globalisierung in den Industrieländern nimmt angesichts der steigenden innerstaatlichen Ungleichheit, der Ungleichgewichte sowie der Kritik an der Immigration etwas ab – auch wenn die „intellektuelle Zustimmung“ noch gegeben ist (Rodrik, 2016) und Umfragen eine hohe Zustimmung der besser ausgebildeten EuropäerInnen und der Jugend zeigen (Eurobarometer). Ein erheblicher Teil der ArbeiterInnen in Europa und den USA fühlt sich durch die Globalisierung bedroht, besonders wenn Arbeitslosigkeit und Zuwanderung zusammenfallen. Sie fordern Protektionismus, Erhaltung unrentabler Arbeitsplätze und wählen populistische Parteien, auch wenn diese sozialpolitische Konzepte verfolgen, die für sie geringere Sozialleistungen und weniger Versicherungsschutz bringen und das Abgabensystem in der Regel sogar zugunsten der Wohlhabenden verändern.

Abbildung 1: Die Globalisierung ist Wachstumschance: Umfrageergebnisse 2010 bis 2016



Quelle: Eurobarometer.

Die absolute Armut – definiert nach einem konstanten Dollarbetrag pro Tag (preisbereinigt), aber ebenso nach Kriterien für manifeste Armut – sinkt weltweit.

Besonders stark geht die Armut in den Entwicklungsländern zurück. Die UN Millenniumsziele zur Reduktion der absoluten Armut wurden frühzeitig



erreicht (UN, 2015). Daneben ist die Verringerung der Säuglingssterblichkeit ein großer Fortschritt, der zumindest teilweise auf die Globalisierung von Wissen und Medizin zurückgeht.

Die Lebenserwartung ist der wohl umfassendste objektive Wohlfahrtsindikator für materielle und immaterielle Wohlfahrt. Sie steigt in den Entwicklungsländern besonders stark: hier war die Lebenserwartung bei der Geburt 1970 noch unter 50 Jah-

ren, 2015 liegt sie bei 67 Jahren. Aber auch in den Industrieländern steigt die Lebenserwartung weiter: Jedes Jahr steigt sie um zwei bis drei Monate; seit 2000 in Europa deutlich stärker als in den USA und Japan; nunmehr ist sie höher (81 Jahre) als in den USA. Dieser Indikator demonstriert überzeugend, dass auch das Wachstum der Industrieländer in der dritten Globalisierungswelle mit breiten Wohlfahrtsgewinnen (und nicht nur für BezieherInnen von Spitzeneinkommen) verbunden war.

Tabelle 3: Lebenserwartung nach Wirtschaftsräumen 1970-2015

	1970	1980	1990	2000	2015	2000/ 2015	1970/ 2015
	Jahre					Veränderung in Jahren	
Industrieländer	70,6	73,2	75,4	77,6	80,8	3,2	10,2
USA	70,8	73,6	75,2	76,6	78,7	2,1	7,9
EU 28	71,0	72,9	74,9	77,2	81,1	4,0	10,1
Japan	72,0	76,1	78,8	81,1	83,3	-0,3	11,9
Schwellen- und Entwicklungsländer	49,6	54,1	57,3	60,5	66,8	6,2	17,2

Quelle: Weltbank

Die relative Ungleichheit steigt in den meisten Ländern, gleichgültig ob in Entwicklungsländern oder Industrieländern, jedoch nicht in allen. Die Arbeitslosigkeit in Europa hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen, aber auch die Beschäftigungsquote stieg⁶. In den USA hingegen sind sowohl Arbeitslosigkeit als auch Erwerbsquote deutlich niedriger als vor der Finanzkrise. Der Medianlohn stagniert in den Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten. In Europa steigen die Pro-Kopf-Löhne zwar, allerdings jene im unteren Drittel nur sehr gering und die Löhne von Personen mit instabilen Beschäftigungsverhältnis-

sen sinken oft. Ein problemfreies Marktgleichgewicht gibt es am Arbeitsmarkt weder in den USA noch in Europa.

Wie weit die steigende Ungleichheit innerhalb der meisten Länder mit der Globalisierung zusammenhängt, ist umstritten. Die globalisierungsbedingte Arbeitsteilung macht qualifizierte Arbeit in Industrieländern „knapper“ und damit teurer. Das Gegenteil tritt für geringe Qualifikationen ein, weil die Produktion von Produkten, die ausschließlich unqualifizierte Arbeit benötigen, in Entwicklungsländer verlagert wird. Die Technologieentwicklung schürt die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften und führt zu extrem hohen Einkommen von weltweit umworbene Spitzenkräften. Die meisten Studien attestieren dem technischen Fortschritt verglichen mit dem Einfluss der Globalisierung eine wichtigere Rolle beim Anstieg der personellen Ungleichheit innerhalb der Länder. Erst das Zusammenwirken von

6) Der Zusammenhang zwischen Globalisierung und Arbeitslosigkeit ist nicht eindeutig. Das höhere Wachstum wird sie senken, ein Teil dieses positiven Effekts wird allerdings durch die ebenfalls steigende Arbeitsproduktivität abgeschwächt. Die Arbeitslosigkeit wird jedenfalls bei den Unqualifizierten steigen, wenn sie nicht umgeschult werden und in neue Tätigkeiten wechseln können.



Technologie, Globalisierung und eine Schwächung der Gewerkschaften führen zur empirisch sichtbaren, stärkeren Ungleichheit innerhalb der meisten Industrieländer.⁷

Ökologische Entwicklung

Die Globalisierung hat zu einer stärkeren Ausweitung des Handels relativ zur Produktion geführt. In der dritten Welle der Globalisierung („Hyperglobalisierung“, von 1990 bis zum Ausbruch der Finanzkrise) ist der Anteil der Exporte an der Weltwirtschaftsleistung von 15 % auf 25 % gestiegen. Der dafür notwendige Transport ist mit steigender Tendenz für mehr als ein Fünftel der Emissionen verantwortlich.

Da kapital- und energieintensive Teile der Industrieproduktion aus den Industrieländern in Schwellenländer verlagert wurden und in diesen die Emissionen je Output höher und die Umweltauflagen geringer sind, kommt es zu einem Anstieg der Emissionen je Output-Einheit (Carbon Leakage). Im Gegensatz dazu steht die steigende Energie- und Ressourceneffizienz in Industrieländern. Außerdem verbreiten sich effizientere Technologien durch die Globalisierung tendenziell stärker. Allerdings ist der Anstieg der Ressourceneffizienz in der Regel geringer als jener der Arbeitsproduktivität. Dafür sind politische Rahmenbedingungen und – verbunden mit diesen – die Preisentwicklung verantwortlich. Das Kyoto Protokoll und auch die EU 2020 Ziele verlangen einen Anstieg der Energieeffizienz in der Bandbreite von 20 % bis 40 %. Da dies der kumulierte Wert oft für 30 Jahre ist liegt der Anstieg pro Jahr bei rund einem Prozent, also deutlich niedriger als der Anstieg der Arbeitsproduktivität. Außerdem ist die Belastung des Faktors Arbeit mit Abgaben hoch,

jene der Emissionen hingegen niedrig und fossile Energien werden weltweit und in Europa weiter hoch subventioniert. Aus Angst, Steuereinnahmen an die Nachbarn zu verlieren, lenkt der Staat durch die Abgaben in die falsche Richtung (Arbeit wird belastet, Emissionen sind weitgehend steuerfrei).

Die weltweiten Gesamtemissionen sind bis in die 1990er Jahre stärker gestiegen als die Wirtschaftsleistung, seither geringer. 2014 bis 2016 – also nun schon drei Jahre – konnten die globalen Kohlenstoffemissionen trotz eines hohen Wachstums der Weltwirtschaft stabil gehalten werden. Diese Abflachung kam früher als erwartet. Allerdings erfordert die Begrenzung der Erderwärmung auf weniger als 2°C, wie sie im Pariser Vertrag von 2015 festgeschrieben wurde, einen absoluten Rückgang der Emissionen. Bis 2050 müsste der CO₂-Ausstoß in den Industrieländern um mindestens 80 % gesenkt, bis 2100 eine global emissionsneutrale Situation erreicht werden.

Die Abflachung der Emissionen war begünstigt durch Anstrengungen etwa in China, das den höchsten Anteil an Investitionen in erneuerbare Energie erreicht hat. Generell sind die Rahmenbedingungen aber national und global ungenügend. Luftfahrt und Schifffahrt sind von Kohlenstoffsteuern und anderen Energieabgaben weitgehend befreit. Die Verlagerung des Transports von der Straße auf die Schiene liegt weit unter ihrem Potential und der Einsatz von Transportmitteln mit kohlenstofffreien Antrieben (Bus, LKW) ist extrem niedrig. Der jüngste Ausstieg der USA aus dem Klimavertrag von Paris ist bedauerlich, nach den ersten Reaktionen ist ihm kein Land gefolgt, einige US Bundesstaaten und andere Signatarstaaten wollen sogar ihre Anstrengungen erhöhen. Für Europa eröffnet sich die Möglichkeit seinen Technologievorsprung bei Energieeffizienz und kohlenstoffarmen Technologien auszuweiten.

Wohlfahrtswertung

Die empirischen Ergebnisse – für Wachstum, Beschäftigung, Ungleichheit, Ökologie – geben tendenziell ein positives Bild. Sie zeigen aber auch Problemereiche und den besonderen Handlungsbedarf der

7) Weniger erwartet ist das Phänomen, dass auch in einigen Entwicklungsländern die relative Ungleichheit steigt, da ja hier unqualifizierte Arbeit „knapper“ wird und besser entlohnt werden sollte. Das dürfte mit der durch den neuen Wachstumsschub ausgelösten verstärkten Abwanderung aus den Agrarregionen in die stark wachsenden Megastädte zusammenhängen. Hier finden die relativ besser Qualifizierten eine Arbeit, andere haben zu geringe Qualifikationen, um im exportorientierten Sektor zu arbeiten.



nationalen, europäischen und globalen Wirtschaftspolitik. Globalisierung bringt rasche Veränderungen, die für Personen, Gruppen und Regionen unterschiedlich ausfallen, sodass besonders Verteilungsprobleme und persönliche Ängste entstehen. Eine Wohlfahrtsbewertung muss breite Aspekte in der Lebensqualität und ihrer Verteilung messen, wie es etwa durch Beyond GDP Ziele, Sustainable Development Goals oder den Human Development Indikator möglich ist.⁸

Kritik und Widerstand – Meinungswende

In der dritten Phase der Globalisierung verlagerte sich der Fokus der Kritik an der Globalisierung von der Ausbeutung der Entwicklungsländer auf die Nachteile für die Industrieländer. Ein Auslöser dafür war, dass der Anteil der Industrie an der Wirtschaftsleistung in den Industrieländern sank und hohe Handelsbilanzdefizite gegenüber China eintraten. In den Entwicklungsländern hat die Finanzglobalisierung

einerseits das Wachstum gefördert, andererseits aber zu neuen Instabilitäten geführt (besonders in den 1990er Jahren zB. in Asien und Südamerika). Während der Finanzkrise 2008/09 hat das Wachstum der Schwellenländer dann zur Eingrenzung der weltwirtschaftlichen Krise beigetragen. Die Weltwirtschaftsleistung blieb trotz des starken Rückgangs in den Industrieländern praktisch konstant. Nach der Finanzkrise setzte sich die unterschiedliche Entwicklung fort. Die Produktion der Weltwirtschaft lag 2016 um mehr als ein Viertel höher als vor der Finanzkrise, die Wirtschaftsleistung Chinas um über 60 %, während Europa 2016 gerade erst das Niveau von 2008 wieder erreichte. Das Bruttoinlandsprodukt der USA lag 2016 um 9 % über jenem von 2008 (Aiginger, 2016). Die Industrieländer (besonders die USA und Frankreich) beklagten die Billigkonkurrenz aus den Schwellenländern durch inhumane Arbeitsbedingungen und fehlende Umweltstandards⁹ und ihre Verstärkung durch politische Interventionen (künstlich niedrig gehaltene Währungen, staatliche Stützung).

Tabelle 4: Anteile an der weltweiten Wirtschaftsleistung (inklusive unterschiedlicher Europa Definition) - Anteile des realen BIP zu Kaufkraftparitäten 2005, bzw. Wachstum 2010/50

	2010	2050	2010/2050
	Anteil in % am BIP		% p.a.
OECD	65,7	42,4	2,0
Euroraum	17,4	9,5	1,5
EU-27¹	23,8	13,8	1,7
EU plus Nachbarn²	30,0	28,0	2,5
Frankreich	3,4	2,0	1,8
Deutschland	4,8	2,1	0,9
NAFTA	27,7	19,2	2,1
USA	23,0	15,1	2,0
China	16,1	27,9	4,5
Indien	6,4	18,0	5,8
Welt	100,0	100,0	3,1

¹ Nur OECD-Mitglieder. ² Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien, Armenien, Aserbaidshjan, Georgien, Moldawien, Ukraine, Türkei; Schweiz, Norwegen. Quelle: OECD, 2013.

8) Studien, die den Human Development Indikator verwenden (der Einkommen, Bildung und Lebenserwartung zusammenfasst) kommen auch zu tendenziell positiven Ergebnissen, zeigen aber auch Unterschiede, Schwächen und Handlungsbedarf auf (Sapkota, 2011; Tsai, 2006; Stanga, 2017).

9) Die industrialisierten Länder hatten allerdings in dieser Phase ihrer Entwicklung ähnliche Defizite aufgewiesen.



„Secular stagnation“ und „deglobalisation happens“

Längerfristige Prognosen erwarten ein Wachstum der Industrieländer nur noch bei 1-2 % pro Jahr. Die „secular stagnation hypothesis“ liefert angebots- und nachfrageseitige Gründe dafür, warum das Wachstum noch weniger sein könnte (Summers, 2016; Gordon, 2015)¹⁰. In den letzten Jahren steigt auch der Welthandel geringer als die Weltproduktion. Ob dies eine vorübergehende Entwicklung oder der Beginn einer De-Globalisierungsphase ist (reshoring; regionalere Wertschöpfungsketten), ist offen.

Wende in politischer Diskussion und Kritik an internationalen Abkommen

In der politischen Diskussion in Industrieländern werden Globalisierung und internationale Abkommen zunehmend skeptisch beurteilt. Wenn auch Rodrik (2016) zuzustimmen ist, dass der intellektuelle Konsens für Globalisierung weiter besteht und wenn Eurobarometer Umfragen¹¹ zeigen dass die Mehrzahl der EuropäerInnen die Globalisierung als Wachstumschance sehen, so steigt der Ruf nach Protektionismus bei IndustriearbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen sowie in Medien und sozialen Netzwerken. In vielen europäischen Ländern gibt es „our country first“-Bewegungen mit großen Erfolgen bei Wahlen zumindest bis zum Frühjahr 2017. Internationale Handelsabkommen sind auf multinationaler Ebene zusammengebrochen (Doha Runde) und werden nun, auch wenn sie zwischen Regionen und Ländern abgeschlossen werden, skeptischer beurteilt (TIP, CETA, TTIP; ASIA, Mercosur). Das NAFTA

Abkommen wird in den USA kaum verteidigt und die Aufnahme Chinas in die WTO als Fehler hingestellt.

Ursachen der Wende

Zwei zentrale Ursachen für die skeptischere Beurteilung der Globalisierung und den Ruf nach Protektionismus und Renationalisierung liegen in der steigenden Ungleichheit und der hohen Arbeitslosigkeit.

Die Einkommens- und Vermögensverteilung innerhalb der Länder ist heute in fast allen Ländern ungleicher als 1990. Dieser Trend ist nach Indikatoren unterschiedlich: absolute Armut ist eher rückläufig, Top-1 %-Einkommen steigen stark. Global betrachtet steigen auch die niedrigen Einkommen durch den Aufholprozess von Ländern mit niedrigem Einkommen stark, während die höchsten Einkommen durch Technologie („Winner takes all Prinzip“) und fehlende staatliche Maßnahmen boomen. Der über Personen und Länder definierte „globale Mittelstand“ – in der Regel Einkommen von Industriearbeitern in Industrieländern – profitiert am wenigsten von der Globalisierung (Milanovic, 2016).

Die meisten Analysen betonen, dass der Technologieeffekt auf die Spreizung der Einkommensverteilung stärker ist als der Einfluss der Globalisierung. Tatsächlich verstärken sich die Probleme gegenseitig: Steigt die Ungleichheit technologiebedingt und trägt die Globalisierung dazu bei, dass die Nachfrage nach weniger qualifizierten Arbeitskräften in Industrieländern sinkt, und liegt das Niveau der Arbeitslosigkeit durch eine generelle Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hoch, gibt es starke negative Interaktionseffekte.

Die Probleme am Arbeitsmarkt der Industrieländer verschärften sich durch die Finanzkrise und bessern sich erst 2016/17. Die osteuropäischen Länder und Deutschland sind vom negativen Trend ausgenommen. In beiden Regionen steigt auch die Emigration und das Arbeitsangebot sinkt alterungsbedingt. Für eine Wirtschaft mit hohem Technologieniveau ungewöhnlich, hat Deutschland auch einen wohlfahrtssenkenden Niedriglohnsektor. In Europa steigt

10) Die Anteile sind nach Wechselkursen und Kaufkraftparitäten unterschiedlich, in Kaufkraftparitäten wird der Anteil der Schwellenländer 2018 bereits bei 59 % liegen, jener der Industrieländer bei 41 % (im Durchschnitt 1980/2007 war es genau umgekehrt; vgl. Roach, 2017).

11) Die Umfragen im Eurobarometer zeigen eine anhaltende und nach der Finanzkrise sogar steigende Zustimmung zur Globalisierung in Europa jedoch ebenso eine Mehrheit für protektionistische Maßnahmen.



die Arbeitslosigkeit (besonders der Jugend), in den USA sinkt die Erwerbsbeteiligung. Arbeitslosigkeit ist regional und sektoral konzentriert, meist in früheren Industriegebieten mit Schwerindustrie, aber auch in Regionen mit einfacher Verarbeitungs- und Zulieferungsindustrie und bei mittleren Qualifikationen.

Der Arbeitsmarkt ist nach Qualifikationen gespalten. In niedrigqualifizierten Bereichen herrscht trotz extremer Lohnzurückhaltung, und oft über Jahrzehnte sinkenden Reallöhnen, ein Überangebot. Qualifizierte Arbeitskräfte sind – besonders in technischen Berufen – knapp. Bei absoluten Spitzenkräften zeigt sich die intensive Konkurrenz u.a. durch permanentes Abwerben und Überbieten von Managergehältern. Das Ergebnis wird als „technologisch bedingte“ Ungleichheit bezeichnet.

Politikversagen als Verstärker

Erstens hat die Wirtschaftspolitik ungenügend auf diese nach der Globalisierungstheorie nicht unerwarteten Tendenzen reagiert: Verlierer wurden nicht entschädigt oder nicht schnell genug requalifiziert.

Zweitens ist das Misstrauen gegen den Finanzsektor durch die Finanzkrise dauerhaft gestiegen. Mit dem Wachstum dieses Sektors, seinen neuen Produkten und Institutionen (Subprime Kredite, Bündelungen, fehlerhafte Ratings, weltweit tätige Consultants), ist untrennbar eine steigende Globalisierung des Finanzsystems verbunden („Finanzialisierung“ vgl. Stockhammer, 2009; Becker et al., 2010; Stattmann, 2017). Auch die neuen Regulierungen nach der Finanzkrise haben die Kritik nicht gestoppt, weil sie oft übermäßig detailliert sind aber zentrale Fehler nicht erfassen. Das Ausmaß von Sekundenspekulationen, extrem hohen Managementgehältern, der Machtkonzentration und Gewinntransfers in Steuerparadiese sind hoch geblieben.

Drittens sind die negativen Folgen der Globalisierung sichtbarer als die positiven, weil nationale Politik, Regierungen aber auch Manager und Firmen dazu neigen, Erfolge den eigenen Leistungen, Misserfolge aber nicht beeinflussbaren Faktoren

(„exogenen Kräften“) zuzuschreiben. Medien neigen dazu negative Nachrichten zu betonen („bad news are good news“) und „Echokammern“ in den Sozialen Medien fördern die Wahrnehmung von durch Globalisierung verursachten Problemen.

Migration verschärft bei wirtschaftspolitischer Begleitung die wirtschaftlichen Probleme nicht. Es überwiegen in der Regel sogar die positiven Effekte, wenn sich Migration an der Arbeitsnachfrage im Zielland orientiert und der Braindrain durch Lerneffekte oder zirkuläre Migration in Grenzen gehalten wird (Kanduth, 2017). Wenn jedoch Migration durch politische und wirtschaftliche Probleme des Herkunftslandes ausgelöst wird und Ungleichgewichte verschärfen (z.B. Überhang der gering Qualifizierten im Zielland) sowie Wirtschaftspolitik schon vorher zu wenig zur Requalifizierung beigetragen hat, können negative Effekte überwiegen. Sie werden durch Medien und populistische Parteien verzerrt dargestellt. Zu wirtschaftlichen Befürchtungen kommt die Angst vor einem kulturellen Identitätsverlust.

Wettbewerbsposition Europas und der USA im Lichte der Globalisierung

Studien über die Wettbewerbsfähigkeit Europas und der USA sowie über den Einfluss der Globalisierung legen die Schlussfolgerung nahe, dass Europa in geringerem Ausmaß Gestalter der Globalisierung, aber trotzdem bisher eher ein Gewinner war. Europa definiert als EU-28 hat einen Leistungsbilanz- und Warenbilanzüberschuss, der seit 2000 im Vergleich zur Wirtschaftsleistung gestiegen ist¹². Die USA hingegen haben ein hartnäckiges Defizit, das je nach relativer Konjunktur- und Wechselkursentwicklung anhaltend zwischen 2 % und 6 % der Wirtschaftsleistung liegt.

12) Definiert man Europa in einem weiten Sinn, also z.B. inklusive der Schweiz und Norwegen, dann ist der Überschuss noch höher; Westbalkanländer haben ein Defizit. Innerhalb des EU-28 Raumes haben besonders Großbritannien, Frankreich und Italien anhaltende Defizite, die der südeuropäischen Länder sind starken Schwankungen ausgesetzt, zuletzt aber von ihrem Höhepunkt wieder zurückgegangen. Diese sind in hohem Ausmaß durch den intra-europäischen Handel verursacht.



Tabelle 5: Leistungsbilanzsalden im internationalen Vergleich

	2000	2008	2015
	in % des BIP		
EU-28	-0,7	-1,3	2,0
USA	-3,9	-4,7	-3,4
Japan	2,5	3,3	3,3
OECD	-1,2	-1,7	0,1

Quelle: Europäische Kommission, OeNB, WDS - WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die relativen Weltmarktanteile europäischer Exporte nehmen zwar wie jene aller Volkswirtschaften ab, Europas Anteile sinken aber vergleichsweise weniger. Der Wechselkurs des Euro liegt etwa so hoch wie bei seiner Einführung.

Wettbewerbsfähigkeit soll jedoch nicht nur an der Außenhandelsbilanz gemessen werden, sondern als Fähigkeit definiert werden, wirtschaftliche Ziele zu erreichen (Aiginger, 2017; Aiginger, Bärenthaler-Sieber, Vogel 2015). Das gesamtwirtschaftliche Wachstum Europas ist schwächer als das der meisten anderen Industrieländer sowie der USA. Beim Pro Kopf Einkommen sind die Unterschiede zwischen Europa und den USA geringer. Dafür ist aber in hohem Ausmaß die Beendigung des technologischen Aufholprozesses gegenüber dem Technologieführer USA verantwortlich. Die USA führen nach wie vor bei den meisten Innovationsindikatoren und Europa konnte trotz Lissabon Prozess und EU-2020 Strategie den Rückstand bei Forschung und Spitzenuniversitäten nicht aufholen. Der Technologievorsprung Europas gegenüber Schwellenländern sinkt durch das Verfehlen der europäischen Technologieziele. Dafür kann aber nicht die Globalisierung verantwortlich gemacht werden, weil es sich dabei um ein Resultat der wenig ehrgeizigen nationalen und europäischen Innovationspolitik handelt. In Fachausbildung, aktiver Arbeitsmarktpolitik und vorschulischer Ausbildung hat Europa Wettbewerbsvorteile. In den technologieintensiven Waren erzielt Europa einen hohen Außenhandelsüberschuss, während der Anteil dieses Sektors in den USA u.a. durch frühes Outsourcing sinkt und ein Exportdefizit aufweist. In Energieeffizienz und anderen ökologischen Ambitionen führt Europa,

doch ist es zu wenig ehrgeizig die Weltmarktführerschaft anzustreben und verliert gegenüber China an Vorsprung. China hat deutlich höhere Investitionen in erneuerbare Energien und Technologien.

Innerhalb Europas zeigen jene Länder die beste Wettbewerbsfähigkeit – definiert an der Erreichung von Beyond GDP Zielen – die nicht den Weg niedrigerer Löhne und Energiekosten gehen (Low Road Strategie). Vielmehr führen hier Länder mit einer Qualitätsstrategie und sozialen und ökologischen Ambitionen (High Road Strategie). In diese Gruppe fallen Schweden, Dänemark, Österreich und Finnland. Die Position dieser Ländergruppe ist durch die Globalisierung nicht gefährdet sondern eher gestärkt. Dies war möglich durch hohe Forschungsausgaben, ökologische Innovationen und gute Bildungssysteme (Berufsausbildung, Retraining und frühe Förderung von Kindern). Die Reformen von der ex-post Finanzierung von Arbeitslosigkeit zu höherem Angebot aber auch Verpflichtung zur Ausbildung wird als „social investment approach“ bezeichnet.

Die Analyse dieses Abschnittes unterstreicht, dass Europa seine politischen Prioritäten auch in die Gestaltung des Globalisierungsprozesses einbringen könnte. Diese sollte nicht nur aus Eigeninteresse stattfinden, sondern auch, weil diese Strategie für andere Länder Wohlfahrtsgewinne bringen kann. Wenn alle Länder durch die Globalisierung auf der „Qualitätsleiter hinaufsteigen“, statt aus eng und falsch verstandenem Streben nach preislicher Wettbewerbsfähigkeit „race to the bottom“ Elemente zu forcieren, dann steigen die Vorteile der Globalisierung (positive Spillover Effekte ersetzen die For-



derung, dass jedes Land mehr gewinnen muss als die anderen). In diesem Fall hebt Globalisierung die Wohlfahrt generell, nicht nur einzelner Länder und Personengruppen. Der Bedarf an wirtschaftspolitischer Begleitung und strategischer Wirtschaftspolitik ist jedoch auch in einem „high road“ Ansatz erheblich. Silostrategien, die isoliert wirtschaftliche Ziele und nationale Partikularinteressen verfolgen, sind teuer und wirkungslos.

Prinzipien für eine verantwortungsbewusste Globalisierung mit europäischer Prägung

Dieser Abschnitt entwickelt Prinzipien einer Globalisierungsstrategie, die von europäischen Werten und Zielen ausgeht, bei der Europa aber auch von seinen Partnern lernt. Die Prinzipien können realistischer Weise nicht alleine umgesetzt werden. Außerdem sind diese Prinzipien nicht einfach umzusetzen – besonders wenn die USA ihre Kooperation verweigern. Es ist aber wichtig sie zu definieren, ihre Begründung von Wohlfahrtszielen abzuleiten und sie als Grundlagen für Verhandlungen und Abkommen mit globalen Partnern zu formulieren. Die vorgeschlagenen Prinzipien sollen Menschenrechte, Gendergleichheit und Demokratie forcieren und die Grenzen des Planeten respektieren. Die Formulierung der Prinzipien kann auch dazu dienen, die Zustimmung zu einer verantwortungsbewussten Globalisierung innerhalb der europäischen Länder zu verstärken.¹³

Prinzip 1: Die Globalisierung ist kein Ziel an sich, sondern muss an ihrem Beitrag zur Erhöhung von Lebensqualität und Weltfrieden beurteilt werden.

Ob ein bestimmter Globalisierungsgrad – weltweit, für einzelne Regionen, oder Länder – positiv ist, ist auf Basis von Zielen, Indikatoren und Kosten-

13) Für andere Konzepte zu verantwortungsbewusster Globalisierung siehe Bayer, 2016 und 2017; Caux Round Table, 2002; Cœuré, 2017; Darvas, 2016; IAO, 2004; Leipziger, 2016 und Rodrik, 2016.

Nutzen-Analysen zu beurteilen. Da Globalisierung Gewinner und Verlierer schafft, einen hohen Bedarf an Veränderung verursacht und räumliche, nach Tätigkeiten sowie zeitlich geballte Ungleichgewichte (Disruptionen) verursacht, ist auch bei offenen Grenzen ein erheblicher Politikbedarf gegeben.

Prinzip 2: Die Globalisierung soll den Handlungsspielraum von Individuen und Ländern erhöhen, ihre wirtschaftspolitische Begleitung soll bottom up Elemente einbeziehen.

Globalisierung soll so gestaltet werden, dass sie Personen, Firmen und Länder befähigt eigene Entscheidungen zu treffen. Individuelle Wahlmöglichkeiten sind eine wichtige Komponente der Lebensqualität. Länder sollten bei Einhaltung globaler Ziele ihre jeweiligen nationalen Strategien besser verfolgen können als isoliert. Beispiele dafür könnten ein angestrebter Aufholprozess oder die Ambition zur Technologieführerschaft in wichtigen Bereichen sein. Die politische Begleitung soll angesichts der Komplexität der Probleme und ihres teilweise neuen Charakters unter Beteiligung von NGO's, Sozialpartnern, Jugend und MigrantInnen sowie anderen unterprivilegierten Gruppen konzipiert werden.

Prinzip 3: Die Globalisierung erfolgt in einer offenen Weltwirtschaft durch Arbeitsteilung und neue Technologien. Die politische Begleitung ist dafür entscheidend, ob soziale und ökologische Herausforderungen besser bewältigt werden.

Die erforderliche politische Begleitung der Globalisierung ist teilweise Neuland in der Wirtschaftspolitik. Die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der Ziele erfordern einen simultanen Ansatz: „Silostrategien“, die je nur ein Problem ohne Berücksichtigung anderer Ziele forcieren, sind ineffizient und teuer. Mit neuen Aufgaben sind alte Aufgaben abzubauen, da Staats- und Abgabenquoten in Europa schon sehr hoch sind. Handels- und Investitionsverträge benötigen Diskurs und eine demokratische Legitimation.



Prinzip 4: Das Tempo der Veränderungen, Unterschiede nach Qualifikationen und Berufen erfordern, dass die Verlierer der Globalisierung entschädigt werden oder noch besser dazu befähigt werden, in die Gewinnergruppe umzusteigen.

Langfristig muss das Bildungs- und Ausbildungssystem auf den absehbaren strukturellen Wandel vorbereiten. Breitere Qualifikationen sowie Problemlösungskompetenz befähigen zu Wandel (Capability Approach). Kurzfristig sind Veränderungen (zB. durch Standortverlagerungen großer Firmen) nicht immer absehbar und sie treten oft regional geballt auf. Daher sind Umschulungsmaßnahmen zu verstärken. Die Gewinner der Globalisierung sollen einen Anreiz haben bei Veränderung von Qualifikationen und Regionalstruktur mitzuwirken (Bayer, 2017). Beiträge zur Umschulung der Verlierer in den Industrieländern und Verbesserungen des Schul- und Ausbildungssystems sowie die Schaffung inländischer Unternehmen in den Schwellenländern sollen steuerlich begünstigt werden. Dies reduziert die Knappheit an qualifizierter Arbeit, generiert lokale Zulieferer und verbessert die Zielgenauigkeit der Umschulung. Zufallsgewinne können durch progressive Besteuerung, Verbot des Gewinntransfers in Steueroasen oder stärkere Anreize zur investiven Verwendung der Gewinne begrenzt werden. Der Beitrag internationaler Investoren zum Ausbildungssystem und zur Entwicklung regionaler Industrien und Technologien sollte verpflichtend in den Firmen- und Analystenberichten publiziert werden.

Prinzip 5: Der Beitrag der Globalisierung zur Verbesserung der Lebensqualität muss laufend an den Komponenten (Funktionen), die sie generieren, gemessen werden, damit sie genügend beachtet aber auch an nationale Präferenzen angepasst werden können (Functionality approach).

Lebensqualität ist ein besseres Erfolgsmaß für Gesellschaften als das Bruttoinlandsprodukt oder das Wachstum. Es müssen aber die Komponenten definiert werden, die zur Lebensqualität beitra-

gen (etwa durch Better Life Indikatoren). Wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele, ihre Wertigkeit und Ausgestaltung sollen selbst in der globalisierten Wirtschaft nicht in allen Ländern ident sein. Die angestrebten Subziele (z.B. Ernährung, Wohnen, Kommunikation, Umwelt, sozialer Zusammenhalt, Chancengleichheit) müssen aber laufend messbar gemacht werden. Kulturelle Unterschiede in den Präferenzen und Heterogenität sind Vorteile, die durch die Globalisierung nicht gefährdet werden sollen. Eine Sozial- und Umweltcharta könnten Prinzipien definieren, die einzuhalten sind aber auch weiterentwickelt werden können, damit Globalisierung ein „race to the bottom“ vermeidet. Die ILO hat bereits eine Sozialcharta entwickelt („Core Labour Standards“), für die Umweltcharta kann der Paris-Vertrag (COOP 21) richtungsweisend sein¹⁴.

Prinzip 6: Europa soll verstärkt seine Werte in die Globalisierung einbringen, aber auch von anderen Regionen lernen, da Vielfalt ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorteil ist.

Europa war bisher kein Gestalter der Globalisierung. Mit dem abnehmenden Anteil der Industrieländer insgesamt (und Europas im Besonderen) an der Weltbevölkerung, konkurrieren in einer multipolaren Welt unterschiedliche Wertesysteme. Die USA hatten bisher über internationale Organisationen und multinationale Konzerne einen großen Einfluss, China versucht zunehmend diese Rolle einzunehmen. In dieser Situation sollte Europa versuchen, gesellschaftliche Werte wie Demokratie und Menschenrechte, aber auch soziale Ambitionen und ökologische Exzellenz stärker einzubringen. Das ist einerseits sinnvoll, weil wesentliche Elemente des europäischen Wertesystems in allen Ländern mit steigendem Einkommen an Bedeutung gewinnen. Andererseits ist es notwendig, weil Europa als Hochkommensregion nur mit einer Qualitätsstrategie

¹⁴) Vgl. auch die „ILO Declaration on Social Justice for a Fair Globalization“, die sich historisch verständlich auf Probleme in den Entwicklungsländern konzentriert.



wettbewerbsfähig¹⁵ sein und die Lebensqualität erhöhen kann. Dabei müssen nicht alle Länder ähnliche Standards und nicht einmal ähnliche Ambitionen haben: das gemeinsame „Hinaufklettern“ auf der Qualitätsleiter kann das Leitbild sein und die europäische High Road Strategie unterstützen.

Prinzip 7: Gemeinsames Handeln generiert Wohlfahrt und wirtschaftlichen Erfolg, nationale Alleingänge zu Lasten anderer Regionen sind bestenfalls kurzfristig erfolgreich.

Globalen Herausforderungen kann am besten durch gemeinsame Ziele aber auch Offenheit für unterschiedliche Lösungen und Instrumente begegnet werden. Verantwortungsbewusste Globalisierung ist kein Nullsummenspiel, in dem einer gewinnt was der andere verliert, sondern hat das Ziel der Verbesserung der Lebensqualität bei allen Partnern. Internationale Verträge kommen nur zustande, wenn beide Vertragspartner Vorteile sehen und diese fair verteilt sind. Einen Vertrag abzuschließen, der einem Land Vorteile und dem andren Nachteile bringt ist nicht möglich, auch vorhersehbare asymmetrische Gewinne sind nicht dursetzbar. Internationale Verträge haben immer das Prinzip verfolgt, gemeinsame Wohlfahrtsgewinne zu ermöglichen, ebenso Integrationsprozesse. Versucht ein Land ein egoistisches Ziel mit Ausübung von Macht oder Finanzmitteln durchzusetzen, erfolgen früher oder später Gegenmaßnahmen oder wirtschaftliche und politische Konflikte brechen auf. Reichere Länder haben historisch oft eine größere Verantwortung, weil sie ihre Position teilweise unter Ausnutzung ärmerer Länder erreicht haben. Die Industrieländer haben mit ihren kumulierten Emissionen über die letzten Jahrzehnte die absolut begrenzte Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre mit Schadstoffen stark ausgenutzt.

15) Wettbewerbsfähigkeit darf nicht mit niedrigen Kosten und Standards gleichgesetzt werden, weil diese die Lebensqualität senken, sie muss an der Fähigkeit gemessen werden Beyond GDP oder Nachhaltigkeitsziele zu erreichen (Aiginger et al., 2015). Mit dieser Definition ist Wettbewerbsfähigkeit auch kein Nullsummenspiel, wo jemand verlieren muss, wenn jemand gewinnt.

Instrumente einer Globalisierung mit europäischem Stempel

1. Neues Performance Kriterium: Beyond GDP Ziele oder die UN Agenda für nachhaltige Entwicklung (SDG Goals) lösen das BIP und sein Wachstum als alleiniges Erfolgsmaß für wirtschaftliche Aktivitäten ab.

Wirtschaftliche Dynamik ist entscheidend für die Lösung von Problemen, wie der Senkung der Arbeitslosigkeit, der Eingrenzung von Ungleichheit und Verschuldung sowie der Bewältigung des Flüchtlingsstromes. Das BIP bleibt ein rasch verfügbarer international standardisierter Indikator. Pro Kopf Einkommen sind in den neuen Indikatoren ebenfalls enthalten. Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ziele müssen aber gemeinsam angesteuert werden, um die Zustimmung der Bevölkerung zum europäischen Projekt und der Globalisierung nachhaltig zu sichern.

2. Gestaltungsauftrag ohne Zentralismus: Die Europäische Wirtschaftspolitik setzt Rahmenbedingungen, die den Handlungsspielraum der Länder und Regionen für soziale und ökologische Ziele erweitern und lokale Initiativen ermöglichen.

Wichtigen neuen Herausforderungen (Klima, Sicherheit, Gesundheit, Digitalisierung) kann besser entsprochen werden, wenn jedes Land einen Beitrag leistet. Die europäische Ebene kann dafür zB. im Steuerbereich durch Transparenzanforderungen, die Definition von Bemessungsgrundlagen und Angabe von Bandbreiten für Körperschafts-, Emissions- und Erbschaftssteuern den nationalen Spielraum zu Bestimmung der tatsächlichen Abgabenhöhe und -struktur erweitern. Das könnte auch die Tendenz beseitigen, den Faktor Arbeit zu besteuern, nur weil die Lohnsumme leichter messbar ist. Anreize für Verlagerung von Betrieben und Firmensitzen in Steueroasen können damit verringert werden. Ein europäisch und wenn möglich global durchgesetzter Rechtsrahmen, ein über Europa hinausgehender Emissionshandel oder eine weltweite



Kerosinsteuer, sind marktwirtschaftliche Instrumente zur Verbesserung der Lebensqualität (Empowermentstrategie, vgl. Aiginger, Querdenkerplattform: Wien – Europa, Policy Brief 1/2017).

3. Arbeitslosigkeit und Ungleichheit reduzieren: Die Belastung des Faktors Arbeit durch Abgaben wird besonders für niedrige Einkommen gesenkt, die Steuern auf Tätigkeiten mit negativen gesellschaftlichen externen Effekten (Alkohol, Tabak) werden hingegen erhöht.

Die Mindestlöhne sollten mindestens im Ausmaß der Steigerung der Arbeitsproduktivität angehoben werden. Bei anhaltenden Qualifikationsdefiziten und zur Integration von Langzeitarbeitslosen und MigrantInnen, können ergänzend Lohnsubventionen (in-work-benefits) erforderlich sein. Generell ist ein Niedriglohnsektor zu vermeiden bzw. bei konjunktureller Verbesserung abzubauen. Die Umstellung der Finanzierung von Sozialausgaben – von einer Belastung des Faktors Arbeit auf die Besteuerung von Tätigkeiten mit negativen gesellschaftlichen Folgen – senkt gleichzeitig Arbeitslosigkeit und Kosten der Bekämpfung des Klimawandels und erhöht die Wirtschaftsdynamik.

4. Umstellung auf ein investives Sozialsystem: Die Sozialausgaben werden von der nachträglichen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu sozialen Investitionen (im Ausbildungssystem, beginnend mit frühkindlicher Erziehung) umgeschichtet.

Die in Europa im weltweiten Vergleich hohen Sozialausgaben decken neue Risiken nicht ab. Eine Absicherung zusätzlicher Risiken kann nicht durch noch höhere ex-post Zahlungen ausgeglichen werden. Bestehende Arbeitsplätze und Berufe können nicht garantiert und deren Verlust nicht unbegrenzt durch Transfers ausgeglichen werden. Das Ausbildungssystem muss breitere Qualifikationen und eine höhere Problemlösungskompetenz vermitteln, sowie auf die Veränderungsprozesse vorbereiten und zur Nutzung neuer Technologien und zu le-

benslangen Lernprozessen befähigen (Capability Approach).

5. Zukunftsorientierung der Ausgaben: Die Staatsausgaben werden auf Investitionen in die Wohlfahrtssteigerung und Verbesserung der Lebensbedingungen umgeschichtet.

Die Staatsausgaben beanspruchen in den meisten europäischen Ländern 50 % der Wirtschaftsleistung, sind aber oft vergangenheitsorientiert. Die Ausgaben für Bildung und Innovation und andere immaterielle Investitionen müssen steigen. Das Bildungssystem muss – unabhängig von Einkommen und Vermögen der Eltern aber auch unabhängig von Region, Herkunft und Geschlecht – stärker als heute gleiche Startchancen garantieren. Ausgaben zur Erhaltung bestehender Strukturen und Partikularinteressen werden abgebaut, Regulierungen müssen durchforstet und vereinfacht werden. Die Verwaltungsausgaben sind hoch, die Finanzierung von bis zu vier Hierarchieebenen (Europa, Staat, Region, Bezirk) ist teuer und kompliziert. Materielle Investitionen (zB. in Straßen, Bauten, Tunnel) tragen in einem Land mit hohem Einkommen wenig zu Dynamik und Beschäftigung bei. Dagegen könnten immaterielle Investitionen (in Bildung, Innovation, Gesundheit sowie digitale Vernetzung im Rahmen einer „silbernen Budgetregel“) von den Defizitobergrenzen ausgenommen werden, wenn gleichzeitig der Anteil der administrativen Ausgaben sinkt.

6. Umlenkung des technischen Fortschrittes: Der Fokus des technischen Fortschritts wird von arbeitssparend zu energie- und rohstoffsparend umgelenkt. Europa strebt die Technologieführung in erneuerbarer Energie und kohlenstoffarmen Technologien an.

Bisher war der technische Fortschritt vor allem arbeitssparend und hat damit die Beschäftigungsschwelle (Wachstum, ab dem die Arbeitslosenrate sinkt) erhöht. Energieverbrauch und Emissionen stiegen mit der wirtschaftlichen Dynamik. Wenn der arbeitssparende Fortschritt geringer und der emissionsreduzierende Fortschritt stärker ist, bleibt der



technische Fortschritt hoch, die Arbeitslosigkeit und die Folgekosten für Klimaschäden sinken hingegen. Subventionen für fossile Energie, die aktuell höher sind als für erneuerbare, werden verboten. Europa soll versuchen, die Lücke, die der Ausstieg der USA aus dem Klimavertrag öffnet, zu schließen und eine Führungsrolle in der Klimapolitik zu übernehmen. Dabei soll intensiv mit amerikanischen Bundesstaaten, die dem Ausstieg der USA aus dem Paris-Vertrag nicht folgen wollen (z.B. Kalifornien, Massachusetts) sowie China und Indien zusammengearbeitet werden.

7. Kostenwahrheit für ökologische Schäden: Die Umweltfolgen von Produktion, Handel und Konsum werden im Preissystem wiedergegeben, sodass sie bei Investitions- und Konsumententscheidungen mitberücksichtigt werden können.

Der europäische Emissionshandel soll wiederbelebt und Nachbarn eingeladen werden, sich dem System anzuschließen. Eine weltweite Besteuerung von Flug- und Schiffsverkehr ist anzustreben. Europa soll kilometer- und emissionsabhängige Transportgebühren mit nationalen Gestaltungsmöglichkeiten (bei Mauthöhe und betroffenem Straßentyp) forcieren. Negative Umweltwirkungen und Folgekosten sollen im Preissystem so weit wie möglich wiedergegeben werden. Dies erfordert eine integrierte Steuerstrategie mit Entlastung des Faktors Arbeit (und insbesondere der niedrigen Löhne), damit die Einkommensverteilung durch ökologische Abgaben und die Verteuerung der fossilen Energie nicht ungleicher wird.

8. Symmetrische Flexibilität: kurzfristige Flexibilität bei der Arbeitszeit ist ein Vorteil für Firmen, als Kompensation soll es den Beschäftigten möglich sein, die durchschnittliche Arbeitszeit an der Life Work Balance zu orientieren.

Unternehmen die den Output an wirtschaftliche Schwankungen anpassen können mehr und billiger produzieren und ihren Ressourceneinsatz reduzieren. Die Entlohnung der ArbeitnehmerInnen kann

durch mehr Freizeit oder auch der Wahl von Arbeitszeit und Arbeitsmethoden stattfinden. Insbesondere die Möglichkeit, die Wochenarbeitszeit nach den wechselnden Anforderungen der Work Life Balance zu variieren, steigert die Lebensqualität. Symmetrische Flexibilität, durch die jeder der Vertragspartner eine Flexibilität dort erhält, wo sie besonders wichtig ist, erhöht Gewinne, Einkommen und Lebensqualität.

9. Abstimmung der Agenda internationaler Organisationen: Statt isoliert zu handeln, bündeln die internationalen Organisationen ihre Aktivitäten zur zukunfts- und wohlfahrtsorientierten Gestaltung der Globalisierung.

Eine gemeinsame Problemanalyse der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Folgen durch die heute bestehenden internationalen Organisationen könnte die Basis einer Neugestaltung der Globalisierung sein. Bisher sind die Tätigkeiten von UN, OECD, Weltbank, WTO, UCTAD und ILO nicht koordiniert und nicht mit der Agenda weltweiter Umweltinitiativen abgestimmt. Eine gemeinsame Konferenz der Organisationen zur verantwortungsbewussten Gestaltung der Globalisierung wäre sinnvoll. Ebenso wäre eine verbesserte Kommunikation der internationalen Organisationen mit NGO's und nationalen Parlamenten notwendig.

10. Neuer Typ von Handelsverträgen: das Ziel von Handelsverträgen ist die Erfüllung gesellschaftlicher Ziele. Sie müssen die Heterogenität der Vertragspartner berücksichtigen; Standards sollen tendenziell nach oben angeglichen werden.

Schwerpunkte von Handelsverträgen sollen im Abbau von Handelsschranken (für Güter und Dienstleistungen) und der Bekämpfung von Monopolen liegen. Bei Investitionen muss die Globalisierung auch eine national gewünschte Gestaltung der Infrastruktur erlauben. Das dominierende Ziel muss die Sicherheit der Rahmenbedingungen für Investitionen sein. Diese haben nationale Prioritäten und gewünschte Eigenversorgung zu berücksichtigen und sind nicht verhandelbar (auch nicht durch „Ko-



operationsklauseln“ in denen eine Abwägung verschiedener Ziele in Verhandlungen zwischen Investor und Gastland stattfindet). Regional angepasste Technologien und ein endogener Sektor kleiner und mittlerer Betriebe sind vor allem in den Schwellenländern wichtig. Infant industry Argumente und die Entwicklung regional angepasster Technologie müssen berücksichtigt werden.

11. Schiedsgerichte in den Rechtsrahmen einbauen: zeitnahe Entscheidungen bei Handelskonflikten sind notwendig, müssen aber im Rahmen der Rechtsordnung stehen und Berufungen an ordentlichen Gerichten ermöglichen.

Best Practice Verträge über den Rechtsrahmen zur Beilegung von Konflikten sind zu ermitteln. Die Zusammensetzung von Gerichten muss demokratisch legitimiert sein und darf nicht ein Land oder einen Unternehmenstyp bevorzugen. Eine begleitende Beratung und finanzielle Unterstützung für KMUs durch einen EU-Fonds sichern Chancengleichheit und Einhaltung der sozialen und ökologischen Standards. Implizite oder explizite Drohungen mit nationalen Gesetzen, zB. in den USA, müssen von einer europäischen Instanz beobachtet und entgegnet werden.

12. Umweltkodex für multinationale Unternehmen: die Nutzung der besten Technologie sollte ein Grundsatz bei Investitionen in Drittländern sein, so wie Sozialchartas Prinzipien im Sozialbereich definiert haben.

Internationale Investitionsabkommen können die Nutzung der besten Technologien verlangen, die den investierenden Firmen im Land ihres Hauptsitzes zur Verfügung stehen. Zumindest müsste die Zerstörung nicht wiederherstellbarer Ressourcen und Naturlandschaften verboten werden (ebenso wie Kinderarbeit durch Sozialchartas ausgeschlossen sind). Transparenz und verbindliche Meldepflichten der Firmen (zB. über Emissionen getrennt nach Standorten) und ihre Beachtung bei Analysten

sind ein weiterer Schritt. Drittens sollten internationale Organisationen das ökologische Verhalten der Auslandsinvestoren unter Mitwirkung von NGO's in die Länderberichte aufnehmen. Bei schweren Verletzungen sollten Importsteuern der Industrieländer erlaubt sein (Border taxes, vgl. Handler, 2017 und Jackson et al., 2014).

13. Investitionen Europas in die Nachbarregionen: Investitionen in (außereuropäische) Nachbarzonen werden intensiviert und tragen zu deren Stabilisierung und Wachstum bei.

Die Nachbarstaaten Europas haben ein hohes Wachstumspotential, das entscheidend zur Dynamik Europas beitragen kann. Investitionen in Nachbarländer („ENP Programm“ – European Neighbourhood Programm) sollen die heute fehlende Dynamik Europas und die Arbeitsteilung mit Ländern in geringer Entfernung stärken. Europas südliche Nachbarn können besonders auch ein Labor für alternative Energietechnologien sein. Die Kriterien für die Mittelvergabe müssen mit den betroffenen Ländern ausgearbeitet und mit deren Entwicklungskonzepten abgestimmt werden. Vergleichbar damit gab es auch im Marshallplan der USA nach dem Zweiten Weltkrieg Vorgaben für die Mittelvergabe und gleichzeitig die Erarbeitung von Konzepten durch die teilnehmenden Staaten.

14. Wissenstransfer und Lernen: Kulturelle Spannungen zwischen Nachbarn mit unterschiedlicher Tradition, Gesellschaftssystem, Demokratieverständnis und Religion werden aktiv durch Kommunikation, Schüleraustausch, Stipendien und zirkuläre Migration gemildert.

„Schumpeterprogramme“ laden die Führungskräfte der europäischen Nachbarn ein, das Hochschul- und Forschungssystem aber auch die Berufsausbildung in Europa kennenzulernen und zu nutzen. Ebenso wie die Programme für materielle Investitionen, trägt der Wissenstransfer zur politi-



schen Stabilisierung, Lösung von Konflikten und Abbau von Vorurteilen bei.

15. Neuer Typ von Migration: Die heutigen Migrationsströme sind weniger von der wirtschaftlichen Nachfrage in den Zielländern geprägt als von Konflikten im Herkunftsland. Diese erhöhen den Integrationsaufwand und mobilisieren Ablehnung und die Gefahr der Errichtung von Zäunen.

Migration erhöht in der Regel die Wohlfahrt im Herkunfts- und Zielland. Wenn sie in zu starken Schüben erfolgt und von kriegerischen Aktivitäten verursacht ist, kann sie auch zu Ablehnung und zur Errichtung von Zäunen im Zielland und damit zu großen wirtschaftlichen Verlusten führen. Bei optimaler Integration kann Migration auch die Einkommen der gering Qualifizierten in einem Hochlohnland steigern, wenn sie durch neue Einwanderer in eine höhere Qualifikationsstufe aufsteigen können.

Die positiven Effekte der Migration können erreicht werden, wenn Nachfragesignale im Zielland berücksichtigt und durch Requalifikation begleitet werden. Zirkuläre Migration kann den brain drain im Herkunftsland verringern und zu einer positiven Ausbildungsspirale führen.

16. Zielkorrektur und Transparenz im Finanzsystem: Das Finanzsystem unterstützt die Globalisierung. Sein Einfluss muss stabilisiert und seine Anbindung an Wohlfahrtsziele durch ein ethisches Labelling (Kennzeichnung) gestärkt werden.

Eine Bankenunion, die stärkere Unterlegung von risikoreichen Transaktionen mit Eigenkapital, einfachere aber gezieltere Regulierung und eine Finanztransaktionssteuer können dazu beitragen, dass die Globalisierung des Finanzsystems auch die Lebensqualität erhöht. Die Eigenkapitalaufbringung soll durch internationale Rahmenbedingungen und antizyklische Kapitalvorschriften weniger volatil werden. Schattenbanken sollen in die Regulierung einbezogen werden. Risikoreichere Transaktionen

werden mit einer Finanztransaktionssteuer belastet. Die Initiative einer Gruppe von Mitgliedsländern zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer sollte auf weitere Länder ausgedehnt werden, nachdem Großbritannien die Entscheidungen nicht mehr beeinflussen kann und Frankreich politisch neu gestaltet wird.

Umsetzungsbedingungen und Zusammenfassung

Eine stärkere Rolle Europas in der Gestaltung der Globalisierung hat Vorbedingungen und wird auch auf Widerstände stoßen. Zu den Vorbedingungen gehört ein Meinungsbildungsprozess, in dem Vorteile als auch Probleme diskutiert werden. Dabei muss die unterschiedliche Ausgangslage in den europäischen Ländern mit einbezogen werden. Die hier vorgenommene Trennung in Prinzipien und Instrumente sollte das erleichtern. Das Reflexionspapier der EU Kommission zur Globalisierung (Europäische Kommission, 2017) zeigt, dass die Bedeutung der Globalisierung für die Strategieentwicklung Europas erkannt wurde, es ist jedoch zu wenig präzise und radikal und seine Publikation blieb praktisch unbeachtet. Das Reflexionspapier über die Soziale Säule, betont den Schutz bestehender Strukturen und vernachlässigt Empowerment und soziale Investitionen, es ist also ein typisches Silopapier mit hoher Belastung von staatlichen Sicherungssystemen. Ein Reflexionspapier über eine Klimastrategie Europas, die gleichzeitig Dynamik und Arbeitsplätze bringt, ist nicht geplant.

Ein gemeinsamer Beschluss des Europäischen Parlaments, der Kommission und des Rates, in dem der Gestaltungswille Europas dokumentiert wird und Prinzipien der verantwortungsbewussten Globalisierung festgelegt werden, wäre sinnvoll. Diese Strategie sollte in nationalen und im europäischen Parlament diskutiert werden. Sozialpartner, NGO's, aber auch Konsumenten- und Umweltorganisationen sowie die Jugend und PensionistInnen müssen einbezogen werden. Globalisierung muss mit der Strategie zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Einklang gebracht werden.



Europa sollte die Ideen zur verantwortungsbewussten Globalisierung in die internationalen Gremien einbringen und die Zusammenarbeit internationaler Organisationen in der neuen Gestaltung der Globalisierung anregen und forcieren. Dies ist durch den wahrscheinlichen Ausstieg der USA nach den Regeln internationaler Organisationen (WTO, „rule and market based globalisation“) nicht leicht. Die oft sehr unterschiedlichen Vorstellungen Chinas, die auch durch beachtliche Investitionen untermauert sind, müssen in die Strategie integriert werden. Die Strategie sollte auch unbedingt unter Einbezug anderer Partner wie z.B. Kalifornien, Australien, Mexiko und Indien entwickelt werden. Sie darf und soll nicht isoliert gesehen werden, sondern mit der Strategie zur Stärkung der Dynamik und Reduktion von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit verbunden werden. Nur wenn das europäische Wirtschaftssystem als fair empfunden wird und das Vertrauen in europä-

ische Institutionen hoch ist, kann eine globale Initiative glaubwürdig sein.

Der Gestaltungswille muss konsistent und dauerhaft sein und darf nicht durch wechselnde Prioritäten und Rahmenbedingungen entwertet werden. Wenn zum Beispiel ein Ausstieg aus fossiler Energie geplant ist, darf es gleichzeitig dafür keine Subventionen geben. Ein Emissionshandelssystem sollte weltweit durchgezogen werden, zB. mit einem steten absehbaren Anstieg der Preise für CO₂-Emissionen.

Eine verantwortungsbewusste Gestaltung der Globalisierung – unter Einbeziehung sozialer, gesundheitlicher und ökologischer Ziele – ist ein Suchprozess unter Unsicherheit und mit „Trial and Error“ verbunden. Sie stärkt aber wirtschaftliche Dynamik und Lebensqualität und hilft die Vielfalt der Kulturen zum gegenseitigen Vorteil zu nutzen.



Literatur

- Aiginger, K., Bärenthaler-Sieber, S., Vogel, J., Competitiveness under New Perspectives. WWWforEurope Working Paper no 44, October 2013.
- Aiginger, K., Vogel, J., "Competitiveness: from a misleading concept to a strategy supporting Beyond GDP goals", Competitiveness Review: An International Business Journal, Vol. 25 (5), 2015, pp. 497-523.
- Aiginger, K., New Dynamics for Europe: Reaping the Benefits of Socio-ecological Transition. Executive Summary, Vienna, Brussels, 2016 (see <http://Synthesis-Summary.foreurope.eu>).
- Aiginger, K., Wie ein starkes Europa mehr nationalen Spielraum schaffen könnte, Querdenkerplattform: Wien – Europa, Policy Brief 1/2017, Wien.
- Aiginger, K., Europa zwischen Globalisierung und Renationalisierung, Querdenkerplattform: Wien – Europa, Working Paper 2/2017, Wien.
- Aiginger, K., How a strong Europe could create more national scope of action, Policy Crossover Center: Vienna – Europe, Flash Paper 1/2017, Vienna.
- Bayer, K., Wie könnte „gute“ Globalisierung aussehen, ÖGfE Policy Brief 26/2016.
- Bayer, K., Globalisierung gestalten! Policy Crossover Center: Vienna – Europe, Flash Paper 4/2017, Vienna.
- Bayer, K., Keine falschen Alternativen; Globalisierung muss gestaltet werden gestalten! Policy Crossover Center: Vienna – Europe, Flash Paper 2017, Vienna.
- Becker J., Jäger, J. Leubolt, B., Weissenbacher, R., Peripheral Financialisation and Vulnerability to Crisis, Competition and change, vol 14, no 3-4, December 2010.
- Bevins, V., To Understand 2016's Politics, Look at the Winners and Losers of Globalization, An interview with Branco Milanovich, December 20, 2016.
- Caux Round Table, Principles for Responsible Globalization, December 2002.
- Cœuré, B., Sustainable Globalisation: Lessons from Europe, Speech on the Workshop: "Financial globalization and its spillovers – monetary and exchange rate policy in times of crises", Special public event "25 Years after Maastricht: The Future of Money and Finance in Europe", Maastricht, 16 February 2017.
- Darvas, Z., Wolff, G.B., An anatomy of inclusive growth in Europe, Bruegel Blueprint Series 26, 2016.
- Eurobarometer Umfragen, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm>.
- Europäische Kommission, Reflection paper on harnessing globalisation, Brussels 2017.
- Gordon, R.J., The Economics of Secular Stagnation, Secular stagnation: A Supply-Side View, American Economic Review: Papers & Proceedings, 105(5) 2015, pp. 54-59.



- Handler, H., How should Europe React to US Corporate Tax Reform Plans?, Policy Crossover Center: Vienna – Europe, Flash Paper 2/2017, Vienna.
- Internationale Arbeitsorganisation Genf, Eine faire Globalisierung: Die Rolle der IAO, Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung, 92. Tagung, 2004.
- Jackson, T., Drake, B., Victor, P., Kratena, K., Sommer, M., Literature review and model development, Issue 65, August 2014.
- Kanduth, A., Wie soll Europa auf die Einschränkung der Arbeitsvisa in den USA reagieren?, Policy Crossover Center: Vienna – Europe, Flash Paper 3/2017, Vienna.
- Leipziger, D., Make globalization more inclusive or suffer the consequences, Vox, 8 December, 2016.
- Milanovic, B., Global Inequality: A New Approach for the Age of Globalization, The Belknap Press of Harvard University Press, ISBN 9780674737136, 2016.
- OECD Economic Outlook No 93 – Long-term baseline projections, June 2013.
- Roach, S.S., A World turned Inside Out, Project Syndicate 30.04.2017.
- Rodrik, D., There is no need to fret about deglobalisation, Financial Times October 4, 2016.
- Sapkota, J. B., Globalization and human aspects of development in developing countries: evidence from panel data, Journal of globalization Studies, vol 2, no 1 May 2011.
- Stanga, N. I., Der Zusammenwirken von Ökonomie und Institutionen für Wohlfahrtsgewinne, Dissertation, WU-Wien, 2017.
- Stattmann, J., Finanzialisierung in Kolumbien, Masterarbeit, Universität Wien, 2017.
- Stockhammer, E., The finance-dominated growth regime, distribution, and the present crisis, WU Department of Economics, Working Paper 129, 2009.
- Summers, L.H., The Age of Secular Stagnation – What It Is and What to Do About It, Foreign Affairs, March/April 2016.
- Tsai, M.C., Does globalization affect Wellbeing? ISA World Conference of Sociology, Durban, 2006.
- United Nations, The Millennium Development Goals Report 2015.

Flash Papers die dieser Analyse zugrunde liegen, haben Heinz Handler, Anna Kanduth und Kurt Bayer geschrieben.



Über den Autor

Prof. Dr. Karl Aiginger ist Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) und Leiter der Querdenkerplattform Wien – Europa (Policy Crossover Center; www.querdenkereuropa.at). Seit 1970 Mitarbeiter am WIFO, und 2005-16 Direktor. Er studierte an der Universität Wien und an der Purdue University, USA, war Visiting Professor am MIT, Stanford University, UCLA, University of Hunan, China und an der Universität Linz. Koordinator einer neuen Strategie für Europa für die EU-Kommission 2012-14 mit 32 europäischen Partnern und einem internationalen Beratungsteam.

Kontakt: karl.aiginger@querdenkereuropa.at

Wissenschaftliche Mitarbeit: Rainer Brunbauer, Christoph Breinschmid, Dagmar Guttman, Vanessa Koch, Irene Langer, Alina Pohl, Stefan Schaller, Stefan Schleicher und Franz Sinabell. Danke für Kritik an Kurt Bayer, Harald Oberhofer, Peter Szopo und Gunther Tichy.

Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

ISSN 2305-2635

Die Ansichten, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, stimmen nicht unbedingt mit jenen der ÖGfE oder jenen, der Organisation, für die der Autor arbeitet, überein.

Dieser Policy Brief entstand in Kooperation mit der Querdenkerplattform Wien – Europa (<http://www.querdenkereuropa.at>).

Zitation

Aiginger, K. (2017). *Die Globalisierung verantwortungsbewusst und europäisch gestalten*. Wien. Langfassung – ÖGfE Policy Brief, 18'2017

Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Rotenhausgasse 6/8-9
A-1090 Wien, Österreich

Generalsekretär: Mag. Paul Schmidt
Verantwortlich: Christoph Breinschmid, M.A.

Tel.: +43 1 533 4999
Fax: +43 1 533 4999 – 40
E-Mail: policybriefs@oegfe.at
Web: <http://oegfe.at/policybriefs>